

Dringliche Interpellation 388

Eingang Stadtkanzlei: 28. Februar 2020

Vertuschungsversuch bei der vbl?

Bereits der «Fall Postauto» hat gezeigt: Transportunternehmen richten ihren Fokus vermehrt auf die Gewinnerzielung anstatt auf eine korrekte Erbringung des Service Public. Ein besonders krasser Fall von Falschabrechnungen scheint sich gemäss Recherchen von Blick nun bei den Verkehrsbetrieben Luzern (vbl) zugetragen zu haben. Zudem wurde offenbar versucht, diesen Fall zu vertuschen. Der Stadtrat ist mit einem Mitglied im Verwaltungsrat vertreten (bis Mitte 2015 mit Manuela Jost, seither mit Martin Merki). Es scheint wenig wahrscheinlich, dass nicht mindestens diese Personen von den Vorkommnissen respektive dem anschliessenden Vertuschungsversuch Kenntnis hatten.

Der Fall erschüttert nicht nur das Vertrauen in die vbl-Geschäftsleitung und den vbl-Verwaltungsrat, sondern auch in den Stadtrat und dessen Controlling der ausgelagerten Betriebe. In diesem Zusammenhang erwartet die SP/JUSO-Fraktion vom Stadtrat umgehend Antworten auf folgende Fragen:

1. Seit wann ist der Stadtrat über die Falschabrechnungen informiert?
2. Weshalb konnte das Stadtratsmitglied im Verwaltungsrat der vbl den Vertuschungsversuch nicht verhindern? Wann wurde der Stadtrat durch das Mitglied über die Vorkommnisse informiert?
3. Weshalb unterband der Stadtrat diesen Vertuschungsversuch nicht?
4. Unterstützt der Stadtrat die Haltung von VVL und vbl, dass lediglich der Zeitraum von 2010 bis 2017 untersucht wird?
5. Wie bei der Postauto AG diene offenbar die Holdingstruktur der vbl der Verschleierung. Wie beurteilt der Stadtrat solche Konstrukte bei den städtischen ausgelagerten Betrieben?
6. Die Revisionsstelle wird durch den Stadtrat in seiner Rolle als Generalversammlung gewählt. Wie beurteilt der Stadtrat die Leistung der von ihm gewählten Revisionsstelle der vbl?

7. Der Stadtrat stand in der Vergangenheit der Möglichkeit, das städtische Finanzinspektorat mit der Revision ausgelagerter Betriebe zu beauftragen, ablehnend gegenüber. Bleibt der Stadtrat bei dieser Haltung?
8. Der Bund hat im Nachgang zum «Fall Postauto» sein Aufsichtskonzept überarbeitet. Welchen Handlungsbedarf bzw. welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat in Bezug auf die ausgelagerten Betriebe?
9. Welche Massnahmen ergreift der Stadtrat, um das Vertrauen in den ausgelagerten Betrieb vbl wiederherzustellen?
10. Der Verwaltungsrat ist in seiner Funktion zuständig für die Einhaltung der Gesetze. Inwiefern ist der Verwaltungsrat nach diesen Vorkommnissen weiter tragbar?
11. Welche Haltung hat der Stadtrat in Bezug auf mögliche personelle Konsequenzen?
12. Die vbl muss mehr als 16 Millionen Franken an den VVL zurückzahlen. Ergeben sich daraus auch Folgen für den städtischen Finanzhaushalt?
13. Bei der Postauto AG wurden die Boni der Geschäftsleitung zurückbehalten. Ist ein ähnliches Vorgehen auch bei der vbl-Geschäftsleitung vorgesehen?

Simon Roth, Gianluca Pardini und Martin Wyss
namens der SP/JUSO-Fraktion